

Anfrage der CDU-Ratsfraktion
öffentlich

Datum
14.02.2024

Nummer
F0050/24

Absender

CDU-Ratsfraktion

Adressat

Oberbürgermeisterin
Frau Simone Borris

Gremium
Stadtrat

Sitzungstermin
15.02.2024

Kurztitel

Weg für Bezahlkarte ist frei – Wie vorbereitet ist Magdeburg?

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Ministerpräsidentenkonferenz hat am 31.01.2024 einheitliche Standards zur Einführung einer geplanten Bezahlkarte für Flüchtlinge beschlossen. Von 16 Bundesländern streben 14 Länder ein gemeinsames Vergabeverfahren an. Sachsen-Anhalt wird sich diesem Vergabeverfahren ebenfalls anschließen. Bis zum Sommer sollen hierzu alle bundesrechtlichen Änderungen auf den Weg gebracht worden sein.

Deshalb frage ich:

1. Erhält die Landeshauptstadt Magdeburg bei der Umsetzung Unterstützung vom Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt oder vom Bund?
2. Gibt es bereits jetzt erste Handlungsanweisungen an die Kommune seitens der Landesregierung?
3. Welche Vorbereitungen zum Start der Bezahlkarte wurden bereits in den vergangenen Monaten in Magdeburg unternommen und wie werden diese jetzt intensiviert?
4. Wie schnell kann die Bezahlkarte nach der Änderung der bundesrechtlichen Regelungen eingeführt werden?
5. Wie viele Flüchtlinge in Magdeburg werden Stand 15.02.2024 die Bezahlkarte erhalten?
6. Sind die Kosten für diese Umstellung abschätzbar?
7. Wer ist innerhalb der Stadtverwaltung für dieses Projekt verantwortlich?

Ich bitte um eine mündliche Antwort und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme innerhalb der vorgegebenen Frist nach § 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg.

Manuel Rupsch
Stadtrat der CDU-Ratsfraktion